

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1866

11.3.1866 (No. 60)

Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 11. März.

N. 60.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 3 kr. u. 2 fl. 2 kr.
Einkundungsgelb: die gepaltene Peltzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1866.

Telegramme.

† **Berlin**, 10. März. Das Kammergericht erkannte heute in der Anklage gegen May wegen Majestätsbeleidigung in contumaciam auf 1 Jahr Gefängnis und einjährigen Ehrverlust.

† **Paris**, 10. März. Das „Memor. Diplom.“ glaubt zu wissen, ein in Rom ausgearbeitetes Konfessionsprojekt sei nach Mexiko abgegangen und bereits von dem Kaiser Maximilian genehmigt worden. Es hält die Unterhandlung für beendet.

Dasselbe Organ widerlegt die Nachricht von der Konzentration österricher Truppen an der Grenze der Donaufürstentümer, und behauptet, es herrsche Einverständnis zwischen Oesterreich und Frankreich in der Angelegenheit der Donaufürstentümer.

† **Florenz**, 10. März. (W. L. B.) In der gestrigen Sitzung der Deputierten kammer interpellirte Bepoli den Ministerpräsidenten über den Stand der Frage der Donaufürstentümer und der Elberzogthümer. Lamarmora verweigerte im Interesse des Landes die Antwort, und hatte die Interpellation keine Folge.

† **St. Petersburg**, 10. März. Der „Russ. Inval.“ widerlegt sämtliche Gerüchte über Truppenkonzentrationen und versichert auf das bestimmteste, kein Regiment habe bisher sein Winterquartier verlassen.

† **London**, 10. März. (W. L. B.) Im Oberhause theilte Clarendon mit, der Kaiser von Abyssinien habe Kassam eingeladen und ihm eine Gesandtschaft geschickt. Bezüglich der Gefangenen hegt man die beste Hoffnung für ihre Befreiung.

Badischer Landtag.

† **Karlsruhe**, 10. März. 4. öffentliche Sitzung der Ersten Kammer.

Unter dem Vorsitz des durchlauchtigsten Präsidenten, Sr. Großh. Hoheit des Prinzen Wilhelm von Baden.

Anwesend als Regierungskommissäre: Sr. Excellenz der Staatsminister des Großh. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten, Frhr. v. Edelsheim, der Präsident des großh. Ministeriums des Innern, Hr. Staatsrath Dr. Lamey, der Präsident des großh. Handelsministeriums, Hr. Staatsrath Dr. Mathy.

Der durchlauchtigste Präsident theilt mit, daß zwei Mitglieder, Herr Prälat Holzmann und Frhr. v. Stöckingen, sich entschuldigt haben, und bringt eine Mitteilung der Zweiten Kammer über die Feststellung des Budgets großh. Ministeriums des Innern, Tit. I.—IX und XVI, für 1866 und 1867 zur Kenntniss des Hauses.

Das Sekretariat übergibt folgende Schriftstücke:

Eine Petition des großen Bürgerausschusses von Konstanz um Revision der Gemeindeordnung;

Petitionen aus 18 Gemeinden, die Höllenthal-Bahn betreffen. Drückfertige Berichte werden angezeigt von den Herren:

Dennig über die Rechnungsnachweisungen der Post, der Eisenbahn-Betriebs-, der Bodenjee-Dampfschiffahrts-Verwaltung und des Anteilbes am Reinertrag der Main-Neckar-Eisenbahn;

Dr. Bertheau über die Rechnungsnachweisungen großh. Justizministeriums;

Artaria über diejenigen des großh. Finanzministeriums.

Herr Falker legt mehrere Petitionen, die Höllenthal-Bahn betreffend, vor.

Das hohe Präsidium macht noch die Mitteilung, daß der Hr. Fürst Wilhelm von Löwenstein nach einem eingekommenen Schreiben verhindert sei, an dem diesjährigen Landtag Theil zu nehmen, und daß Frhr. v. Oöler in der nächsten Sitzung eine Anfrage an den Präsidenten des großh. Ministeriums des Innern in Betreff des evangelisch-protestantischen Predigerseminars zu stellen beabsichtige.

Die Tagesordnung führt zur Berathung des von Hr. Hofrath Dr. Schmidt erstatteten Kommissionsberichts über die Motion des Frhrn. v. Andlaw, betreffend die Aufhebung der Spielbanken im deutschen Bundesgebiet.

Der Antrag, dahin gehend:

„In Anbetracht, daß dem Grundgedanken der Motion, gerichtet auf Beseitigung der privilegierten Spielbanken in ganz Deutschland, die volle Anerkennung gebühre;

daß jedoch ein bei dem Deutschen Bund gestellter Antrag dieses Inhaltes einen Erfolg nicht verspreche;

daß endlich von der großh. badischen Staatsregierung zu erwarten steht, sie werde keine für Erreichung jenes Ziels sich bietende Gelegenheit ungenutzt lassen:

beschließt die Erste Kammer, von der Abfassung einer Adresse abzusehen.“

wird nach längerer Diskussion, woran sich die Hh. Frhr. v. Andlaw, Hofrath Dr. Schmidt, Geh. Rath Dr. Bluntschli, Staatsminister Frhr. v. Edelsheim, Geh. Rath v. Mohl, Graf Heinrich v. Kageneck, Dr. Bertheau, Ministerialrath Jolly, Artaria, Fürst Karl v. Löwenstein und Staatsrath Dr. Lamey betheiligten, durch Mehrheitsbeschluß der Kammer angenommen.

Ein Gegenvorschlag des Frhrn. v. Andlaw, wornach insbesondere in dem zu fassenden Beschluß der Kammer auf die früheren Beschlüsse der Jahre 1844, 1846 und 1848, bezw. die denselben zu Grund gelegenen Motive und Ansichten Bezug genommen und die Erklärung in das Protokoll niedergelegt werden solle, daß die Kammer an diesen Ansichten festhalte, blieb in der Minorität.

Nach der Tagesordnung schreitet das Haus zur Berathung der Berichte der Budgetkommission über die Rechnungsnachweisungen des großh. Staatsministeriums, des großh. Ministeriums des Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten, des großh. Handelsministeriums, und des großh. Ministeriums des Innern. Diese Rechnungsnachweisungen werden nach den Kommissionsanträgen ohne Diskussion einstimmig für unbeanstandet erklärt.

Nun richtet Frhr. v. Andlaw seine in der letzten Sitzung bezüglich der Ortsschulraths-Wahlen angezeigte Anfrage an den Präsidenten des Ministeriums des Innern.

Es antworten Hr. Staatsrath Dr. Lamey und Hr. Ministerialrath Dr. Jolly. Das Resultat dieser Antworten und der daran sich knüpfenden längeren Verhandlung, an welcher weiter die Herren Geh. Rath v. Mohl, Staatsminister Frhr. v. Edelsheim, Geh. Rath Bluntschli, Fürst Karl v. Löwenstein und Artaria Theil nahmen, war, daß dem Hr. Interpellanten überlassen wurde, wegen angegeblicher Gesehverletzung und Amtsmissbrauchs förmliche Beschwerden bezw. Anklage einzubringen.

Nachdem noch vom Hr. Fürsten Karl von Löwenstein in eine in nächster Sitzung zu stellende Anfrage an den Präsidenten des großh. Staatsministeriums bezüglich einer angeblichen Erklärung des Staatsraths Dr. Lamey in der Sitzung vom 9. Dezember v. J. angezeigt und auf Antrag des Hr. Dr. Bertheau eine Petition der Stadt Baden wegen der Spielfrage an die Budgetkommission überwiesen worden, wurde die öffentliche Sitzung geschlossen.

† **Karlsruhe**, 10. März. 14. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer, unter dem Vorsitz des Präsidenten Hildebrandt.

Von Seiten der Regierung anwesend: Sr. Exc. der Staatsminister der Justiz Dr. Stabel und Geh. Rath Dr. Jungmanns.

Die Sitzung wird eröffnet, das Sekretariat zeigt die eingekommenen Petitionen an; darauf eröffnet der Präsident, daß in die Kommission

1) für Errichtung einer badischen Bank die Abgg. Buhl, Prestinari, Lenz, Kayser und v. Roggenbach,

2) für Einführung der obligatorischen Zivilehe und anderer bürgerlicher Standesbeamtung die Abgg. Echarde, Diez, Allmann, Kopper, Kiefer und Oblticher gewählt wurden.

Der Abg. Prestinari trägt auf Verstärkung der ersten Kommission um 4, der Abg. Diez der zweiten um 2 Mitglieder an. Wird angenommen.

Der Abg. Heidreich zeigt einen druckfertigen Bericht der Budgetkommission an.

Staatsminister Dr. Stabel: Als Einleitung zur heutigen Budgetverhandlung erlaube ich mir das Resultat der Berechnung des Finanzministeriums mitzutheilen, die eine Darstellung des durch die neue Justiz- und Verwaltungsorganisation veranlaßten reinen Mehraufwands enthält nach den Rechnungsergebnissen vom Jahr 1865 gegenüber jenen von 1863. Das Resultat ist, daß die Kosten beider Organisationen nach Abzug der Einnahme im Jahr 1865 mehr betragen haben 63,064 fl. 34 kr.; dazu kommen aber noch beim Justizministerium für 3 weitere Revisionen 4000 fl. und der Betrag der Rechnungsabteilung II. von 1866 mit 20,000 fl., so daß das Gesamtergebnis etwa dahin geht, daß nicht 100,000 fl. Mehraufwand für beide Organisationen vorhanden sind.

Ich bemerke noch weiter, die Einnahmen aus Sporteln und Stempeln haben im Jahr 1863 betragen 5 $\frac{1}{2}$ Proz., im Jahr 1865 7 $\frac{1}{2}$ Proz., die Einnahme von 1865 mit 7 $\frac{1}{2}$ Proz. ist also verhältnismäßig um 1 $\frac{1}{2}$ Proz. gestiegen. Auf den letztern Punkt werde ich später zurückkommen.

Die Tagesordnung führt zur Berathung des vom Abg. Prestinari erstatteten Berichts über das ordentliche Budget des Justizministeriums für 1866 und 1867.

Der eigentliche Staatsaufwand erfordert,

Tit. I. Ministerium, jährlich 36,208 fl. Die Kommission bringt bei § 3 Bureauaufwand für 1867 20 Proz. in Abzug, und beläuft sich die im Ganzen verwilligte Summe für dieses Jahr auf 36,098 fl.

Der Wunsch der Kommission wegen Einführung der Steinlohlen-Feuerung ist wie beim Tit. I.—VIII des Ministeriums des Innern auch hier ausgesprochen und wie dort $\frac{1}{2}$ des Bureauaufwandes gestrichen.

Geh. Rath Dr. Jungmanns: Die Regierung werde hierwegen Versuche anstellen, doch müßte dann der Bauaufwand erhöht werden, um zweckmäßige Einrichtungen treffen zu können.

Staatsminister Dr. Stabel kann für seine Person die Uebergangung nicht unterdrücken, daß damit nichts herauskomme, als mehr Attenstaub.

Abg. Prestinari: Mit den jetzigen verbesserten Einrichtungen dürfte auch die bestehende Abneigung gegen Steinlohlen-Heizung wegfallen.

Der Kommissionsantrag wird genehmigt.

Tit. II. Obergericht 46,420 fl. für 1866 und 46,533 fl. für 1867. An letzterer Position werden wieder 20 Proz. abgerechnet, im Uebrigen die Forderung der Regierung bewilligt.

Tit. III. Kreisgerichte beanspruchen für 1866 317,352 fl. und für 1867 318,377 fl. oder für's letzte Jahr nach Abzug von $\frac{1}{2}$ an den Bureaukosten noch 317,177 fl., was genehmigt wird.

Abg. Lenz drückt der Regierung den Wunsch um Errichtung eines Handelsgerichts in Pforzheim aus, als Ersatz, daß diese Stadt bei Verlegung eines Kreisgerichts übergegangen worden sei.

Die Abgg. Wolf und Prestinari unterstützen diesen Wunsch.

Abg. Kayser möchte die Kompetenz der Handelsgerichte erweitert wissen, besonders sollten ihnen die Handelsganten der Beschleunigung des Verfahrens wegen zugesetzt werden. Er empfiehlt Pforzheim der besonderen Berücksichtigung.

Abg. Hüffschmid: Durch Verwirklichung des vom Vordner ausgesprochenen Wunsches wäre nach unserer jetzigen Gesehgebung nicht viel geholfen. Das Verfahren gebe er als etwas schleppend und kostspielig zu, allein es fehle bis jetzt an einem Mustergesetz, dem man nachahmen könnte.

Staatsminister Dr. Stabel: Es liegt dem Staatsministerium eine Eingabe der Stadt Pforzheim um Einsetzung eines Kreis- und Handelsgerichts daselbst vor, die Entscheidung darüber wird bald erfolgen, wie? kann ich zur Zeit nicht sagen. Die Regierung habe die Gründe bekannt gemacht, warum sie bloß 2 Handelsgerichte in's Leben rief. Deren Einführung sei vorerst ein Versuch, der besonders dahin ziele, zu erfahren, ob die Handelsgerichte auch hinreichend Beschäftigung finden, denn sie könnten nur da von Nutzen sein, wo eine handelsgerichtliche Praxis vorkommt. Die Erfahrung wird dann lehren, wo etwa weitere zu errichten sind.

Abg. Fingado empfiehlt in dieser Beziehung die Stadt Lahr.

Abg. Paravicini wünscht, daß die Kreisgerichte bei ihren Vorladungen mehr Rücksicht auf die Fahrgelegenheiten nehmen.

Staatsminister Dr. Stabel: Eine neue Zeugengebühren-Ordnung wird so eben berathen, und hierbei auch diesem Wunsche Rechnung getragen.

Die Abgg. Kusel, Hüffschmid, Gerbel, Oblticher und Prestinari behaupten, daß eine derartige Berücksichtigung stets stattgefunden habe, und noch stattfinden werde.

Zu § 8b, „Befolgungen der Staatsanwälte,“ bemerkt der Bericht, daß ein Staatsanwalt mehr, als im Budget vorgeesehen, erscheine, und zwar für das Kreisgericht Karlsruhe wegen Ueberhäufung der Geschäfte.

Staatsminister Dr. Stabel erklärt die Anstellung von drei Staatsanwälten am Kreisgericht dahier als ganz im Verhältnis mit der Einwohnerzahl dieses Gerichtsbezirks.

Abg. Ahnbach bedauert, daß die Ausfertigung der kreisgerichtlichen Urtheile eine so große Verzögerung erleiden; es scheine am nöthigen Hilfspersonal zu fehlen; er empfiehlt, unterstützt vom Abg. Kusel, dringend die Beseitigung dieses Mißstandes.

Geh. Rath Dr. Jungmanns: In dem Gehaltsetat seien bereits Aufbesserungen geschehen und noch weitere vorgezogen.

Abg. Oblticher: Wenn die Erfahrung lehre, daß diese Mängel auf die Dauer gehen, werde großh. Regierung wohl Abhilfe treffen.

Abg. v. Feder sucht die Ursache wohl auch in überflüssigen Schreibereien; der gleichen Ansicht ist Abg. Prestinari.

Die Abgg. Hüffschmid, Roghirt und Gerbel halten eine entsprechende Vermehrung des Personals wünschenswerth, indem das bestehende sehr aufgehoben sei durch Protokollirungen, Ausfertigung von Entscheidungsgründen zc.

Abg. Kirsner bittet die Regierung, zu erwägen, ob nicht zu viel geschrieben und das Dringlichere dem weniger Dringenden nachgesetzt werde.

Staatsminister Dr. Stabel: Die Regierung wird ein wachsames Auge hierüber führen, und sollten die verwilligten Mittel nicht ausreichen, in der Lage sein, das Budget überschreiten zu müssen.

Bei § 11, „Wirthschafts-“ für das hiesige Kreisgericht, hebt der Abg. Kusel die Unzulänglichkeit dieser Räumlichkeiten, und besonders des Schwurgerichtssaals, hervor als eine wahre Ironie auf die Offenlichkeit der Verhandlungen, zumal in der Hauptstadt. Er spreche nicht pro domo; es vertrage sich nicht wohl mit der Würde der Gerichte. Er bitte die Regierung, diesem Provisorium ein Ende zu machen, und bis zum Schluß der jetzigen Miethperiode auf einen etwaigen Neubau bedacht zu sein. Auch der Abg. v. Feder hat schon vom hiesigen Kreisgerichts-Labyrinth sprechen hören.

Staatsminister Dr. Stabel: Es ist mir angenehm, daß diese Mißstände hier zur Sprache kommen. Die Regierung beabsichtigt, der nächsten Kammer eine Anforderung zur Errichtung eines Justizpalastes vorzulegen.

Tit. IV, „Bezirksjustiz und Notariat“, verlangen einen Aufwand von 1,007,175 fl. für 1866 und von 1,008,425 fl. für 1867, welche Positionen genehmigt werden; letztere mit Abzug von 3270 fl. für Heizungskosten.

Der Abg. Haager spricht den Schöffen hinsichtlich ihres Eifers und der Aufopferung in Führung ihres schwierigen und oft unbedeutenden Amtes das wohlverdiente Lob aus. Dieses Institut genieße das volle Vertrauen des Volkes; es werde selten gegen deren Urtheil rekurriert, und wenn weitere Erfahrungen gesammelt wären, könnte auch ihre Zuständigkeit erweitert werden. (Schluß folgt.)

† **Karlsruhe**, 10. März. 15. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Montag den 12. März, Vormittags 10 Uhr. 1) Anzeige neuer Eingaben. 2) Berathung des von dem Abgeordneten Paravicini erstatteten Berichts der Budgetkommission über das ordentliche Budget des großh. Handelsministeriums für die Jahre 1866 und 1867.

Deutschland.

Karlsruhe, 10. März. Wir entnehmen dem gestern erschienenen Regierungsblatt folgende Nachweisung der in der großh. badischen Münzstätte zu Karlsruhe seit dem Abschluß der Münzkonvention vom 25. August 1837 bis zum Schluß des Jahres 1864, sodann im Jahr 1865 stattgehabten Ausmünzungen für das Großherzogthum Baden.

Bezeichnung der Münzsorten	Die Ausmünzungen betragen		zusammen
	in den Jahren 1838-1864	1865	
I. Goldmünzen.			
a) Vereinmünzen.			
b) Landesmünzen.			
II. Grobe Silbermünzen.			
a) Vereinmünzen.			
1) Rheinold-Dufaten	156,666 15	— —	156,666 15
III. Feine Silbermünzen.			
a) Vereinmünzen.			
2) Zwei-Thaler-Stücke	2,195,693 30	— —	2,195,693 30
3) Ein-Thaler-Stücke	3,707,261 15	464,005 30	4,171,266 45
b) Landesmünzen.			
4) Zwei-Gulden-Stücke	4,159,678 —	— —	4,159,678 —
5) Ein-Gulden-Stücke	5,302,118 —	— —	5,302,118 —
6) Halb-Gulden-Stücke	3,086,151 —	92,064 30	3,178,215 30
III. Scheidemünzen.			
a) In Silber.			
7) Sechskreuzer-Stücke	597,807 24	— —	597,807 24
8) Dreikreuzer-Stücke	231,370 57	— —	231,370 57
b) In Kupfer.			
9) Ein-Kreuzer-Stücke	308,845 28	12,974 15	321,819 43
10) Halbkreuzer-Stücke	25,176 26	2,909 15	28,085 41
Zusammen	19,770,768 15	571,953 30	20,342,721 45

Karlsruhe, 10. März. Das heute erschienene Regierungsblatt Nr. 13 enthält (außer Personalnachrichten):

I. Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien. 1) Bekanntmachung des großh. Justizministeriums: Die Besetzung der Stelle eines Gerichtsnotars bei großh. Amtsgericht Neustadt betreffend. (Notar Heinrich Tritschler in Engen ernannt.) 2) Bekanntmachungen des großh. Ministeriums des Innern: a) Das amtliche Verkündigungsblatt für den Amts- und Amtsgerichts-Bezirk Buchen betreffend. (Der „Buchener Anzeiger“ wurde an Stelle des „Odenwälder Boten“ zum Amts-Verkündigungsblatt für den Amts- und Amtsgerichts-Bezirk Buchen vom 1. April d. J. an bestimmt.) b) Die Vornahme einer Ersatzwahl für den aus der Zweiten Kammer der Ständeversammlung freiwillig ausgeschiedenen Abgeordneten Wittmann betreffend. (Mit der Leitung als landesherrlicher Wahlkommissar wird Stadtdirektor Schäble in Rastatt beauftragt.) 3) Bekanntmachung des großh. Finanzministeriums: Die Serienziehung für die 81. Gewinnziehung des Lotterielebens von 14 Millionen Gulden in 35-fl.-Loosen vom Jahr 1845 betreffend.

II. Todesfälle. Gestorben sind: am 30. Jan. d. J. der pensionirte Kriegscontroleur Schmidt in Karlsruhe; am 17. v. M. der pensionirte Lycéalprofessor Hofrath Scharrp in Mannheim.

Wiesbaden, 9. März. (N. Fr. Ztg.) Se. Hoheit der Herzog hat gestern die beabsichtigte Reise angetreten, und zwar zunächst nach Wien. Von dort wird er nach Venedig gehen und erst nach einigen Wochen nach Gräfenberg. — Heute hat uns der Rechnungskammer-Direktor v. Sager (Bruder des früheren Reichsministers und jetzigen bethischen Gesandten in Wien) verlassen, um seine neue Stelle als Lokalverwaltungsbeamter oder „Antmann“ in Diez anzutreten. Er war im Sommer 1865 in den Ruhestand versetzt worden. Der an vielseitige Thätigkeit gewöhnte Mann empfand indeß die „erzwingende Noth“ sehr unangenehm und hat, entweder ihn mit fernerer Auszahlung des Ruhegehalts zu verschonen, oder ihn wieder zu beschäftigen, sei es auch auf einer geringeren Stelle. In Folge dieses wurde er Antmann in Diez. Gestern Abend brachten ihm mehrere hiesige Vereine einen Fackelzug nebst Musikstücken.

Aus Schleswig-Holstein, 7. März. Die „Nordb. Ztg.“ schreibt: „Sichern Vernehmen nach wird noch vor dem Schluß des gegenwärtigen Lehrkursus Geh. Regierungsrath Wiese aus Berlin in Schleswig eintreffen, um auf Veranlassung der Regierung sämtliche Schulen des Herzogthums zu inspizieren.“ — Aus Altona, 7. d., schreibt man den „Hamb. Nachr.“: „Der hiesige Magistrat hat dieser Tage Zwangsanzahlungs-Befehle an 171 dortige Grundeigentümer erlassen, welche noch mit ihrer Beitragsquote zu den Zwangsanzahlungen der Jahre 1849 und 1850 im Rückstand sind. Die städtische Gemeinde hat damals vorzuschußweise diese theilweise nicht unerheblichen Beträge gezahlt.“

Flensburg, 6. März. (S. R.) Nach der „Ny Sønderborg Avis“ besuchte der Gouverneur v. Mantuffel im Lauf des gestrigen Vormittags Sønderburg; nach einer kurz-

zen Unterredung mit dem neu ernannten Assener Amtmann Rathiesen reiste er an Bord des zu seiner Verfügung gestellten Dampf-Kanonensbootes „Grille“ nach Flensburg zurück. — Die heutigen „Apenrader Nachrichten“ sind von Seiten des Polizeimeisters Gottburgsen wiederum mit Beschlag belegt worden.

Hageburg, 4. März. (Lauenb. Ztg.) Die gestern vorgenommenen Wahlen zur Ritter- und Landschaft haben nachstehendes Ergebnis geliefert. Es sind gewählt:

1) Aus den adeligen Besitzern: Graf v. Bernstorff-Gyldensteen auf Wotersen, Oberjägermeister, Hofschatzmeister v. Hollen auf Lischendorf, Stollersiedler auf Gaster, Waldschmidt auf Nienborf und Goldseer, v. Bülow auf Klein-Berentzen; 2) Aus den Städten, aus Hageburg: Senator Thiele und Tapezier Meyer; aus Witten: Senator Thomann und Kaufmann D. Michelsen; aus Lauenburg: Bürgermeister Bafdom. 3) Aus den Aemtern: 1) Amt Hageburg: Bauernvogt Diefel aus Schmitlau, Hufner Hardeop aus Kühren; 2) Amt Lauenburg: Bauernvogt Jentel aus Witzke; 3) Amt Schwarzenberg: Bauernvogt Thöste aus Kuddeberde; 4) Amt Steinhorst: Hufner Grote aus Sandesneben.

Das Budget des Herzogthums Lauenburg vom 1. April 1866 bis letzten März 1867 schließt wie das vorjährige, mit einem Ueberschuß von 157,000 Thalern.

Mit kleinen Abänderungen sind die meisten Ansätze die vorjährigen. Nur in der Posteinahme ist ein Unterschied; die vorjährige war zu 30,350 Thalern angesetzt, von welcher jedoch die Unkosten mit 23,981 Thalern abgehen mußten. Da nun die königl. preuß. Oberpostdirektion, laut Konvention vom November v. J., die Postverwaltung übernommen hat, ist im § 8 eine jährliche Retention zugesagt, die aber noch nicht hat festgestellt werden können, und ist deshalb vorläufig die Summe von 7000 Thalern angenommen. Auch ein neuer Ausgabenposten ist hinzugekommen, nämlich für das Militär, das ist ein Aufschlagquantum für die den k. Truppen in dem Herzogthum bewilligte Zulage. Im Ganzen belaufen sich die Einnahmen auf 400,186 Thaler und die Ausgaben auf 242,874 Thaler, Ueberschuß 157,311 Thaler. Der bedeutendste Einnahmeposten entspringt stets aus den Forsten mit 149,085 Thln. Die sämtlichen Ausgaben des Bauensandes, Meiereieinkünfte u. s. w. für Benützung des Grund und Bodens betragen nur 41,107 Thlr. und die Kontribution gar nur 17,014 Thlr. Zu bemerken ist übrigens, daß ein Theil der Einnahmen in die Kasse der Ritter- und Landschaft fließt, welche die Landesschulden und sonst einige Ausgaben bestreitet. Im Interesse der leichteren Uebersichtlichkeit und Ordnung im Staatshaushalt des Herzogthums wäre es wünschenswert, eine Vereinigung des gesammten Finanzwesens herbeizuführen; da bis jetzt Ritter- und Landschaft ihre Rechnungswesen nicht veröffentlichen, mangelt es an einer klaren Kenntniß der Sache.

Berlin, 7. März. Man schreibt dem „Schwab. Mtt.“: Kein unmittelbares Vorgehen, aber kein Rückschritt, darauf beschränkt sich noch immer, was über die diesseitigen Absichten wegen der Regelung der Schleswig-holsteinischen Angelegenheit verlaute. Daß das Vorgehen aufgegeben sei, wird bestritten; aber die etwa beabsichtigten positiven Schritte bleiben in Dunkel gehüllt. Von Interesse ist inzwischen eine Zusammenstellung dessen, was bis jetzt halboffiziell oder offiziell bestritten worden ist. Darnach will Preußen keinen Handstreich in Holstein unternehmen. Eine Summation ist weder nach Wien eingegangen, noch auch dort angefündigt. Die Verwaltung Holsteins wird Preußen nicht fordern. Eine Geldentschädigung für Holstein wird es nicht in Wien anbieten. Das letztere Dementi dürfte seinen besondern Grund haben. Unter den verschiedenen Lesarten über das Ministerconseil vom 28. Febr. kurzfrist nämlich auch die, daß Preußen die Ueberlassung Holsteins gegen eine Entschädigung an Geld verlangen, im Fall der dauernden Weigerung aber, wenn die von Preußen angelegte Agitation fortgesetzt werden sollte, Holstein besetzen und abwarten werde, daß Oesterreich dagegen aufträte. Diese Lesart war sogar in der Diplomatie verbreitet, aber augenscheinlich sehr unsicherer Natur. Auch dies ist nun, wenigstens was das Geldangebot angeht, von ministerieller Seite in Abrede gestellt. Man darf denn wohl sehr gespannt auf die positiven Schritte sein, die noch immer im Allgemeinen in Aussicht gestellt werden. Es bestätigt sich inzwischen, daß Oesterreich nicht auf die preussischen Wünsche eingehen will. Oesterreich will bei Gastein stehen bleiben, und die Krisis könnte daher, falls es Preußen mit dem angekündigten Vorgehen Ernst ist, jeden Augenblick wieder eine akute Gestalt annehmen.

Berlin, 9. März. Heute Abend wird Ihre Kais. Hoh. die Prinzessin Wilhelm von Baden auf ihrer Reise nach St. Petersburg hier eintreffen und im königl. Palais absteigen. — Der Graf v. Brome-Salzaun ist gestern von hier nach Holstein und der Graf von Bernstorff-Gyldensteen nach Lauenburg abgereist. Vorgestern Nachmittag wurden Beide nochmals vom Ministerpräsidenten Grafen von Bismarck empfangen. — Wie verlaute, sind in der Ausrüstung der Armee mehrere praktische Verbesserungen im Gang. Die jetzigen Helme werden demnächst durch niedrigere und leichtere ersetzt. Alle Soldaten erhalten statt der kurzen lange Stiefel. Bei der gesammten Infanterie und Fußartillerie wird eine mit Leder bezogene Feldflasche eingeführt. Die Fußartillerie erhält statt der jetzigen langen Mäntel kurze in Paletotform. In Betreff aller dieser Ausrüstungsgegenstände sind schon vor längerer Zeit massenhafte Bestellungen erfolgt.

Prag, 8. März. (Presse.) Dieser Tage fand hier eine Berathung hoher Offiziere unter Vorsitz des Grafen Lam-Gallas statt. Die Festigungscommandanten von Theresienstadt und Josephstadt waren zugezogen.

Wien, 7. März. (N. Fr. Ztg.) Die Berichte aus Ungarn zeigen, daß das Reskript an den Landtag keinen absolut hemmenden Einfluß auf den Fortgang der Ausgleichsarbeiten übte. In der gestrigen Sitzung des Unterhauses machte sich die Meinung geltend, daß die Kommission für Berathung der gemeinsamen Angelegenheiten so rasch als möglich und ohne jede störende Einwirkung von außen ihre Arbeiten vorzunehmen habe, weßhalb auch die von Perczel beantragte Deffentlichkeit der Verhandlungen abgelehnt wurde.

Von Bedeutung ist es jedenfalls auch, daß die Wahl der Kommissionsmitglieder durchgängig nach den Vorschlägen der Partei Deaf erfolgt ist.

Die Grazer Autonomistenpartei formulirt ihr politisches Programm in folgender Weise:

Wir wollen den engeren Reichsrath, weil wir im Dualismus für lange Zeit die einzige Form sehen, unter welcher Oesterreich möglich ist, und weil wir in dieser Institution allein den Schutz unserer Nationalität erblicken. Wir wollen, daß diese Seite ebenbürtig neben Ungarn stehe. Wir wollen diese Institution, weil es keinen Staat von Bedeutung in der Welt gibt, ohne eine politisch führende Nationalität; weil diese Führung auf dieser Seite der Zeit wenigstens und Deutschen gebührt kraft unserer Bildung, kraft unseres Fleißes, kraft unseres Reichthums, kraft unserer Liebe zur Freiheit, kraft des Rufes dieses Reiches, der nicht verkannt werden darf, ohne seinen Bestand zu gefährden.

† **Wien**, 8. März. Nachdem mißverständliche Aeußerungen eines Blattes, welches seine desfallsigen Informationen aus offiziellen Kreisen geschöpft zu haben scheint, zu der Deutung Anlaß gegeben, als wenn die Regierung für die Wiederaufnahme der Barzahlungen der Nationalbank bestimmt den 1. Juli 1867 in Aussicht genommen, so wird dem Verlauten nach demnach ausdrücklich erklärt werden, daß die Regierung sich noch zu Nichts entschlossen habe, als auch bezüglich der Modalitäten jener Zahlungswiederaufnahme streng an dem Inhalt des mit der Bank abgeschlossenen Uebereinkommens (im Lauf des Jahres 1867) festzuhalten. Es dürfte dabei eben so ausdrücklich darauf hingewiesen werden, daß, wenn etwa der Reichsrath, auf dessen Mitwirkung das betreffende Gesetz berechnet ist, wider Verhoffen rechtzeitig nicht würde versammelt werden können, auch dieses Gesetz selbstverständlich auf Grund und nach Anleitung des September-Patents erstehen müsse und werde.

Wien, 8. März. Man schreibt dem „Nürnb. Corr.“: „Gestern hat hier der erste Marschallsrath“ unter dem Vorsitz Sr. Maj. des Kaisers stattgefunden. Einberufen sind und wohnen demselben bei: die Commandanten sämtlicher Armeen (4) und sämtlicher Armeekorps (12), mit wenigen, meist durch persönliche Verhältnisse begründeten Ausnahmen — so ist z. B. der Erzherzog Karl Ferdinand — die Adjutanten und Generalstabsoffiziere dieser Armeen und Armeekorps, dann einige hier befindliche militärische Notabilitäten, wie der alte Feldmarschall Heß und Offiziere des großen Generalstabs. Der Vorgang erinnert lebhaft an den vom Jahr 1850 und die damals erfolgte Berufung Nadejky's nach Wien. Bedeutungslos sind die Dinge nicht, um welche es sich hier handelt, und zu einer Erholungsreise sind die Generale aus den entferntesten Provinzen nicht nach Wien berufen worden. Das geht schon daraus hervor, daß die Marschallskonferenz mindestens 8 bis 10 Tage dauern wird.“

Donaufürstenthümer.

Bukarest, 8. März. Die Kammer und der Senat haben die H. Boraresco, Jecuriano Costaforo und Steege zu Kommissären bei den Mächten ernannt. — Die besorglichen Gerüchte bezüglich der Moldau sind unbegründet. Die Zustimmung der Moldau und der Walachei zu der Revolution von Bukarest ist vollständig.

Italien.

Florenz, 4. März. Man schreibt der „Allg. Ztg.“: Die Wahl Mazzini's in Messina bietet Stoff zu den interessantesten Kommentaren. Sie ist ein Werk der clerikalen Partei. Die Wähler sind scharfweise herbeigezogen, um für den römischen Triumvir von 1849 zu stimmen. Dagegen hat Crispi, der Minister Garibaldi's während dessen siltischer Diktatur, vergebens seinen Einfluß aufgebietet, um die Ernennung Mazzini's zu verhindern. Die besonnenen Männer der Linken wissen sehr wohl, daß diese Wahl der Regierung Verlegenheiten bereitet, namentlich wegen der selbst übertriebenen Vorstellungen, welche Mazzini's Name noch immer im Ausland erregt. Allein darum kann die Linke bei der parlamentarischen Diskussion doch nicht anders als für Mazzini's Zulassung stimmen. Die Regierung ihrerseits ist fest entschlossen, die Zulassung zu bekämpfen.

Rom, 2. März. (A. Ztg.) Die wichtigste Nachricht des Tages ist die Ankunft des päpstlichen Nuntius, Mgr. Chigi, aus Paris. Man ist der Ansicht, daß Mgr. Chigi nicht mehr nach Paris zurückkehren werde.

Frankreich.

* **Paris**, 8. März. Adressdebatte des Gesetzh. Körpers vom 7. März.

In der heutigen Sitzung kam zuerst der § 6 zur Diskussion. Derselbe betrifft das Gesetz über die Koalitionen. Hr. Pinart macht bei dieser Gelegenheit einige Bemerkungen gegen die zu häufigen Arbeitseinstellungen, die, wenn sie auch nicht die Ordnung auf der Straße, doch die moralische Ordnung stören und die Industrie in Gefahr brächen. Die Koalitionen würden auch sehr häufig nur von politischen Leidenschaften, ja, sogar oft nur von dem Spekulationsgeist, wie dies in England häufig gesehen, hervorgerufen. Die Verwaltung müsse daher eine strenge Aufsicht über die Arbeiterversammlungen ausüben, denn sonst könnte die ganze französische Industrie zu Grunde gehen.

Garnier-Pagès erklärt im Namen der Opposition, daß dieselbe heute in dieser Frage das Wort nicht ergreifen und sich nicht äußern wird, wenn das Gesetz über die „Sociétés coopératives“ vor die Kammer kommt. Der § 6 wird hierauf angenommen. Es wird nun zum § 7 (Adressen) übergegangen. Zu dieser Frage, die in Frankreich zu einer hohen Wichtigkeit gelangt ist, sind sieben Amendements gestellt. Die Kommission erklärt, daß das Amendement des Hrn. Pougier-Quertier (es ist von 32 Protektionisten unterzeichnet) sich am meisten von dem Artikel der Adresse entfernen, da es eine Erhöhung des Eingangszolls auf Getreide verlange. Die Opposition befreit dieses und will, daß ihre Amendements zuerst zur Sprache kommen. Die Kammer spricht sich für die Kommission aus. Das betreffende Amendement wird von dem Schutzvater Pougier-Quertier ausführlich begründet. Der Redner schließt, indem er ver-

langt, daß ein Eingangszoll von 2 Franken auf das Getreide gesetzt werde, so lange der Preis des Hectolitre unter 20 Franken steht. Zu diesem Preise stelle sich das Kilogramm (2 Pfund) auf 30 Centimes. Er verlangt dieses für fünf Jahre, denn so lange werde man gebrauchen, bis man den Ackerbau in den Stand gesetzt habe, der fremden Konkurrenz die Spitze bieten zu können.

Nach Pougier-Quertier ergreift der Baron v. Beauce das Wort. Wegen der vorgelassenen Stunde beendet er seine Rede nicht. Das was er heute sagt, ist ohne besonderes Interesse. Er spricht sich gegen den Vordränger mit großer Energie aus.

* Paris, 9. März. Der „Moniteur“ zeigt an der Spitze seines Bulletin an, daß der Zusammentritt einer Konferenz über die Donaufürstenthümer definitiv festgesetzt ist. Der Zeitpunkt, wann dieselbe eröffnet wird, ist nicht angegeben. Es werden die Mächte, welche den Pariser Vertrag unterzeichnet haben, nämlich: Frankreich, Oesterreich, Großbritannien, Italien, Preußen, Rußland und die Türkei, daran Theil nehmen. Anderweitigen Versicherungen zufolge sündete die Eröffnung der Konferenz sehr nahe bevor, wenn vielleicht auch nicht so nahe, als der „Constitutionnel“ angibt, der sie bereits auf die ersten Tage der nächsten Woche bestimmt. Sie würde übrigens auch in dem Fall eröffnet werden, daß Hr. v. Bubberg noch nicht an seinem Posten hier eingetroffen wäre. Er wird alsdann durch seinen hiesigen Geschäftsträger vertreten werden.

Die Nachrichten aus Bukarest und Jassy melden, dem „Moniteur“ zufolge, die Uebereinstimmung, welche beifus der Aufrechterhaltung der allerdings noch keinen Augenblick getrübbten Ordnung zwischen den verschiedenen Parteien herrscht. Die Deputirtenkammer und der Senat haben Kommissäre zu ihrer Vertretung bei den Großmächten ernannt. — Wie der „Abendmoniteur“ meldet, ist die Gesundheit des kaiserlichen Prinzen jetzt wieder völlig hergestellt. Auch in der heutigen Sitzung des Gesetzergeb. Körper erging die Diskussion über den Ackerbau-Paragraphe nicht zu Ende. Fremy vollendete seine gestern begonnene Rede; nach ihm sprach Jules Bruma von der Schutzoll-Partei, und als Regierungskommissär Dr. Forcade de la Roquette. — Rente 69.75, Cred. Mob. 695, Ital. Anl. 62.35.

Belgien.

Brüssel, 8. März. (Köln. Ztg.) Hr. Couvreur hat seinen Antrag auf Eröffnung einer parlamentarischen Untersuchung über die Organisation der Armee und die möglichen Erparnisse eingebracht und in beredter Weise begründet. Die Abstimmung darüber, deren negatives Resultat leicht vorauszusagen ist, aber auf die nächsten Wahlen einen bedeutenden Einfluß ausüben dürfte, wird morgen erfolgen.

Dänemark.

Kopenhagen, 7. März. (H. N.) Im Lauf der heutigen Sitzung des Folkething erklärte der Finanzminister, daß von Seiten der Regierung der Auslieferung der Archivalien z. an die Herzogthümer keinerlei Hindernisse irgendwelcher Art in den Weg gelegt worden seien.

Levantepest.

Konstantinopel, 3. März. Ali Pascha erklärte in der Gesandtenkonferenz, die Abiegung Eusa's annullire ispo facto die Vereinigung der beiden Fürstenthümer, stelle den status quo ante her, und die Spalte werde, von dem vertragmäßigen Rechte Gebrauch machen, einen von den Gesandten delegirten Kommissär nach Bukarest schicken, um bis zur Ernennung zweier neuen Fürsten die provisorische Regierung zu übernehmen. Auf die Gegenvorstellungen der Gesandten wurde beschlossen, die Instruktionen der Mächte abzuwarten. — Der Kommandant von Schumla erhielt Befehl, sich zum März an die Grenze bereit zu halten. — Die Cholera-Konferenz hielt drei Sitzungen, ohne über den französischen Vorschlag wegen Suspension des Verkehrs zwischen Egypten und den Küsten von Hebschas im Fall eines Ausbruchs der Cholera einen Beschluß zu fassen. Aus Tiflis, 10. Februar, wird gemeldet: Der Emir von Bokhara habe alle Opposition gegen die russische Politik in Kokan ausgegeben und sich nach Bokhara zurückgezogen.

Amerika.

* New-York, 24. Febr. Selten noch hat ein Ereigniß so große allgemeine Aufregung hervorgebracht, als die Rede, die der Präsident vorgestern, dem Jahrestag von Washington's Geburt, gehalten hat. Er sprach auf dem offenen Platz vor seinem Hause zu einer großen Menschenmenge, die gekommen war, ihm ihre Sympathien zu bezeigen, und einzelne Stellen seiner Rede sind in der That geeignet, das ungeheuerste Aufsehen zu erregen. Wir geben in Folgenden einen umfassenden Bericht, als wir gestern nach dem ersten telegraphischen Bericht mittheilen konnten:

Es ist mir eine große Genugthuung, daß ein so großer Theil meiner Mitbürger die von mir eingeschlagene Politik billigt und durchzuführen entschlossen ist. Ihre Wesenheit besteht darin, die glorreiche Vereinigung dieser Staaten und deren früheres Verhältnis zur Regierung wieder herzustellen. Es ist dieser Tag, an dem wir den Gründer unserer großen Republik feiern, ganz besonders geeignet, diesen Entschluß kundzugeben. Die letzten Jahre ist unser Vaterland von zwei einander beschneidenden Parteien zerfesselt worden. Wie im Jahr 1860, so sehe ich heute vor Ihnen, gegenüber denen, die die Verfassung anfeinden und die Regierung zu sprengen beabsichtigen, um ihr verrätherisches Treiben zu brandmarken. Ich habe nie andere Meinungen als dasjenige ausgebracht und keine anderen beibehalten. (Zuruf.) Zwei Parteien hat es, wie gesagt, damals gegeben, von denen die eine die Verwaltung zu Grund richten wollte, um die Sklaverei zu erhalten, die andere ebenfalls auf den Ruin der Verwaltung hinarbeitete, um die Sklaverei abzuschaffen. Mögen die Sidensriede vom Süden oder Norden kommen, ich halte meinen alten Standpunkt fest. Als der Süden rebellirte, stand ich unerschütterlich auf Seiten der Regierung; daselbst thue ich jetzt ihren nordischen Gegnern gegenüber. In erster Linie stand mir jederzeit die Wahrung der Union, mit oder ohne Sklaverei. (Beifall.) Die offene Empörung ist durch den starken Arm der Regierung gebrochen worden, und nachdem sie dies vollbracht, führte

sie gegen die Besiegten folgende Sprache: „Kein Kompromiß! Regelung des ganzen Streits binnen 24 Stunden! Legt die Waffen nieder, erkennt die allgemeine Verfassung an, fügt Euch dem Gesetz und dann ist Alles geschlichtet.“ Nun haben sie in der That die Waffen gestreckt, und vertrauensvoll gesehen sie, daß sie sich auf Irwegen befanden, daß ihr Plan, die Union zu zertrümmern, gescheitert sei, und bußfertig kehrten sie zum Gehorsam, zur alten Verfassung zurück. Darauf bemerkte ich: „Wenn Ihr den Gesetzen gehorcht und Euch der rechtmäßigen Staatsgewalt wieder unterwerft, dann bin ich bereit, Euch die Thore der Union zu erschließen und das alte brüderliche Verhältnis wieder herzustellen.“ (Langer Beifall.) Stehe Einar auf und sage, er habe für die Union mehr gelitten, als ich! Doch Rache gegen ein ganzes Volk läßt, sei fern von uns Allen. Ich weiß, daß man viel von meiner Paronizität gesprochen hat, und doch war Niemand ernstlicher als ich bemüht, die Hauptverräther der gerechten Strafe zu überliefern und den Verrath zum todeswürdigen Verbrechen zu stempeln. Sollen gleichzeitig ganze Staaten und Gemeinden dem Todesurtheil verfallen? Nie und nimmermehr. Dagegen spricht meine Ueberzeugung und die Lehre Dessen, der für uns am Kreuz gestorben. (Beifall.) Hüthen wir uns, die Reigen von uns zu stoßen. Mögen ihre Führer, ihre intelligenten Führer, die sich ihres Strebens bewußt waren, ihre That mit dem Tode büßen; für die große Masse jedoch, für die Verführte und irregeleitete, stehe ich um Nachsicht, Milde und Vertrauen. (Lebhafter Beifall.)

Schauen wir um uns, geliebte Landesleute! Noch hat sich der Pulverschweiß der Rebellion kaum verzogen, und schon farrt uns eine neue entgegen. Ihr Zweck ist derselbe, wie der der eben niedergeworfenen: Störung der rechtmäßigen Regierung, wenn nicht durch offene Gewalt, doch durch Konzentration der obersten Staatsgewalten in den Händen Weniger; und dadurch Konstituierung eines Zustandes, der eben so gefährlich und irrsinnig ist, als jener Plan der Loslösung. (Langer Beifall.) Was jene Partei anstrebt, hat sie gezeigt. Sie will durch ein unverantwortliches Zentralskriptorium fast alle Macht im Staate an sich reißen, ohne die Legislative oder Exekutive im Staate auch nur um Rath zu fragen. So ist eines der bedeutendsten Rechte der Legislative, nämlich das, über die Wahlqualifikationen ein Urtheil zu fällen, ihren Händen entrissen und einem Ausschuss übergeben worden. Wie anomal ist doch dieses Gebahren! Vier Jahre lang haben wir Alle behauptet, daß kein Staat das Recht und die Macht besitze, aus der Union zu scheiden. Dafür haben wir gekämpft, und jetzt sollten wir alles früher Behauptete läugnen und den Satz vertreten, daß jene Staaten durchaus nicht zur Union gehören und auch nicht zugelassen werden dürfen! (Heiterkeit. Beifall.) Ich gelte offen, daß ich als Haupt der Exekutive eine solche Stellung nie zur meinigen machen kann. Gleich beim Beginn der Rebellion hatte ich im Senat den Satz vertreten, daß kein Staat ein Recht habe, sich loszureißen, und auch nicht die Macht dazu besitze. Ich kann meine Vergangenheit durch einen außerhalb meiner Ueberzeugung gelegenen Widerruf nimmer läge strafen. Ich erkläre, daß, wenn jene Staaten den Geboten der Verfassung gehorchen, sie genügende Beweise ihrer Loyalität gegeben haben, man ihnen verhältnißmäßig entgegenkommen müsse. (Beifall.) Im Süden war ich auf Verrath und Verrätheri gelassen, auf Davis und Seward und viele Andere, die ich nicht erst zu nennen brauche, und nun finde ich auch im Norden eine Gruppe Männer, die ich ungenannt lasse (Auf: Nennen Sie sie!), welche ebenfalls gegen die alte Union feindselig agitiren (Auf: Das sind Verräther! anderer Ruf: Namen, Namen!) Man fordert mich auf, Namen zu nennen. Wohl denn, ich nenne Thaddeus Stephens, Charles Sumner und Wendell Phillips, die mit noch Andern, gerade so wie die ehemaligen Rebellen des Südens, darauf ausgehen, die Fundamentprinzipien unserer Regierung zu zerstören. Sie mögen mich angreifen, schmähen und verfluchen, wie sie wollen, ich werde behalbe doch ruhig meinen Weg gehen (Beifall), werde mich von meinen Gegnern nimmer einschüchtern lassen. (Auf: Das Volk wird Sie unterstützen!) Es ist öffentlich gesagt worden, daß ein gewisser Jemand verdiente, geköpft zu werden. Da sage mir doch Einer, womit dieser Jemand, der kein Anderer ist, als ich, solche Strafe verdient haben soll! Mein Verbrechen ist, daß ich jederzeit zwischen dem Volk und der Urruptation gestanden habe. Und ferner wurde gesagt, wir sündeten inmitten eines Erdbebens. Das gebe ich zum Theil zu; ein Erdbeben steht in der That bevor, denn es gittert der Boden unter der Erwitterung des Landes. Dieses aber weiß Freund und Feind vortrefflich zu unterscheiden. Ich selbst habe meine öffentliche Laufbahn als Aberrant begonnen (Stimme aus dem Hause: als Schneider“). Ganz richtig als Schneider, aber als ein Schneider, der seine Kundschafft jederzeit zufriedensetzte und sich nie mit Fickarbeit befaßte. Fickwerk habe ich auch heute noch, all und überall, und wer kann da aufstehen und sagen, daß Andrew Johnson je eine Verpöschung, die er übernommen, unerfüllt gelassen habe! Laßt sie immerhin von Urruptation und Köpfen reden. „Dieses präsidentenmäßige Hinderniß muß aus dem Weg geräumt werden“, hat sich Jemand vernehmen lassen, und ich zweifle nicht im geringsten, daß es damit auf meine Ermordung abgesehen war. Ist nicht Blut genug geflossen? Gibt es für jene Fraktion keine andere Mittel als Mord? Wenn sie schon einen Streich gegen mich führen wollen, so mögen sie es mit offenem Visir thun. Doch dazu haben sie den Muth nicht, ich weiß es. Mögen sie immerhin mein Leben nehmen, aber offen, Angesichts des Volkes, und eingebend Dessen, daß aus dem Blute der Märtyrer die Kirche erblüht. Die Union, meine Freunde, wird wachsen an Macht und Ruhm, selbst wenn Blut ihr Ritt und Siegel werden sollte. Ihnen aber zum Schluß nochmals besten Dank für die mir erwiesene Ehre!

Baden.

Pforzheim, 8. März. (V. Landesztg.) Dr. Moriz Müller macht in dem heutigen „Tagblatt“ die Mittheilung, daß der deutsche Verein zur Rettung Schiffbrüchiger jetzt 52 Mitglieder in Pforzheim zähle, welche die Summe von 79 fl. als Beiträge entrichteten, welcher Betrag heute nach Bremen abgehandelt worden sei.

Bretten, 9. März. (Bad. Landesztg.) Gestern hat eine ledige Weibsperson zu Bissingen ihrer Mutter mit einem Beile einige Schläge beigebracht, wodurch die Hirnschale zertrümmert und in Folge dessen die Unglückliche heute früh nach 3 Uhr den Geist aufgab. Die Thäterin wurde nach Bretten verbracht. So viel verlautet, leidet diese Muttermörderin an Geistesföhrung.

Rannheim, 8. März. Obgleich in der Öffentlichkeit weniger erwähnt, hat unsere Stadt das Doppelsest der Wiederkehr und

des Namenstags des geliebten Landesfürsten mit warmer Empfindung gefeiert. Die Abordnung des hiesigen Gemeinderaths brachte nicht nur die ehrsüchtige Begrüßung der Behörde an des Landes Grenze, sondern das freudige Willkommen aller Herzen. Es gab an jenem Feiertage des hiesigen Ober- und Mittellandes kaum eine Gesellschaft in der Grenzstadt des Unterlandes, in welcher man nicht der Bedeutung und Tragweite des frohen Tages mit Dank gegen die Vorsehung gedacht hätte. In die Öffentlichkeit trat die Feststunde im festlich beleuchteten Theater, wo lauter Beifall die Jubelouverture Karl Maria's v. Weber, fast endloser Jubel die warmen Worte begleitete, mit welchen Oberregisseur Dr. Wolff den Tag begrüßte. In früher Morgenstunde des andern Tags begrüßten Chorale in der Dragonerkaserne das Fest und gab eine große Parade mit der Fällmusik der Freude einen öffentlichen Ausdruck.

Leider war es nicht möglich geworden, eine Festsperre zu geben, da die beiden Tenore des hiesigen Theaters erkrankt waren und ein Ersatz erst den folgenden Dienstag in Hrn. Raabauer aus Darmstadt gefunden ward, der mit eben so rauschendem Beifall heute von einem vollen Hause begrüßt wurde, wie vor 5 Jahren durch Beifall des Misfallens getränkt, wo es sich darum handelte, ihn zu sehr mäßigen Honorarbedingungen für längere Zeit an unsere Bühne zu fesseln. Heute Abend wurde im großen Konzertsaal des Theaters vor einer überaus zahlreichen und erlesenen Zuschauerschaft durch den Musikverein Mendelssohn's großes Oratorium „Paulus“ aufgeführt. Der Verein und sein Dirigent, Hr. Konzertmeister Konig, hat durch die Vorführung und sehr gelungene Darstellung dieses Musikwerks sich nicht nur den reichlich gespendeten Beifall, sondern auch nachhaltigen Dank der Musikfreunde erworben.

Vermischte Nachrichten.

Hannover, 6. März. (Bel.-Ztg.) Seit gestern wird hier die Entlassung des Grafen Platen von Amt eines Generalintendanten des königl. Hoftheaters vielfach besprochen. Diefelbe erfolgte auf Ansuchen des Hrn. Grafen. Die Stellung des Intendanten war keine beneidenswerthe, zumal einzelne Theatermitglieder es gewohnt waren, ihre Wünsche und Beschwerden direkt bei Hof vorzubringen und dort mitunter eine Entscheidung zu erwirken, welche den Dispositionen der Intendanten nicht immer entsprach. Vorkommnisse dieser Art sollen es gewesen sein, welche den Anlaß zu der erbetenen Entlassung darboten. Graf Platen ist ein Bruder unseres Ministers der auswärtigen Angelegenheiten. Ueber den Nachfolger des Generalintendanten verlautet nichts Bestimmtes.

Königsberg, 8. März. Heute wird Johann Jacob die Haft entlassen. Sie dauerte 6 Monate 14 Tage.

Wien, 7. März. (Fr. P.-Ztg.) Die Staatsverwaltung führt in diesem Augenblick eine Verhandlung mit der Südbahn, welche, wenn sie gelingt, wie sie angelegt worden, für die gesammten Verkehrsinteressen von der weittragendsten Bedeutung sein würde und welche gleichmäßig dem Lande wie dem Seeverkehr zu Gute kommen müßte. Noch sind erst die Vorverhandlungen abgeschlossen, aber schon aus diesen Vorverhandlungen läßt sich die Summe der Leistungen entnehmen, zu welchen die Südbahn sich anheißig zu machen hat. Sie verzichtet zuvörderst auf die ihr zugestandene Priorität für den Bau der Eisenbahnen rechts der Donau im südlichen Ungarn und der Rudolfsbahn, ein Verzicht, der die rascheste Ausführung der wichtigen Bahn Semlin-Prum ermöglicht. Sie übernimmt sodann den Ausbau der Zweigbahn Fiume-St.-Peter, den Bau der beiden Eisenbahnen Ranica-Fünfsirichen und Groben-Bruck, deren Zustandkommen eine Lebensfrage namentlich für die steirische Eisenindustrie bildet, sowie die Ausführung der Eisenbahnstrecke Rovigo-Ponte-Lagoscuro, welche das letzte Glied in die Welt-Hanbelolinie vom Brenner über Verona und Ancona nach Brindisi einfügt und Angesichts der ihrer Vollendung entgegengehenden Gotthardsbahn nicht ohne die schwerste Gefahr länger vernachlässigt werden könnte. Sie verpflichtet sich weiter, den Bahnhof in Venedig durch eine Zweigbahn mit dem Kanal zu verbinden, der den größten Seeschiffen den Eintritt gestattet, und gleichzeitig den Hafen von Triest vollständig auszubauen. Sie concedirt endlich, namentlich für Kohlen und für Getreide, im Allgemeinen aber für alle Massenprodukte, eine bedeutende Frachtermäßigung auf ihren sämmtlichen Bahnlinien. Was die Gegenleistungen des Staats betrifft, so dürften diese vor allen Dingen in der Verlängerung der der Südbahn gewährten Steuerfreiheit zu suchen sein; wenigstens scheinen die Anträge der Südbahn sich wesentlich in dieser Richtung zu bewegen.

Professor Dr. Troxler, der in früherer Zeit in der Schweiz eine bedeutende politische Rolle spielte, ist dem 6. d. auf seinem Landgute bei Ararum im 86. Lebensjahre gestorben.

Der verachtete Dumolard, dessen Prozeß seiner Zeit so viel Aufsehen und Abscheu erregte, ist überflügelt. Philippe, der jüngst einen gräßlichen Mord in Paris in der Rue Ville d'Evreux beging und jetzt vor dem Untersuchungsrichter steht, soll nicht weniger als sechzehn Frauen den Hals abgeschnitten haben. Fünf seiner Opfer hat er in Algerien getödtet, drei in Italien, acht in Frankreich. Sein Gynismus übersteigt alle Begriffe.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

8. März	Barometer	Thermometer	Wind	Himmel	Witterung
Morgens 7 Uhr	27.447	+ 3.5	S.W.	ganz bew.	trüb, frisch
Mittags 2 „	4.33	+ 8.0	„	„	Sonnbl., Strich.
Nachts 9 „	5.03	+ 2.5	„	„	sternhell, frisch
9. März.					
Morgens 7 Uhr	27.607	+ 0.8	N.	ganz bew.	Nebl, Reif
Mittags 2 „	6.80	+ 6.0	N.W.	„	Sonnabl., kühl
Nachts 9 „	7.02	+ 3.5	N.	ganz „	trüb, frisch

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Hermann Kronlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Sonntag 11. März. Mit allgemein aufgehobenem Abonnement. Dritte und letzte Gastdarstellung der königl. bayrischen Hof-Opernsängerin Fräulein Sophie Stehle. **Catharina Cornaro**; große Oper in 4 Akten, von Franz Lachner. „Catharina“ — Fräulein Stehle.

Dienstag 13. März. 1. Quartal. 32. Abonnementsvorstellung. **Stich und Stich**; Lustspiel in 2 Akten, von Moriz Hartmann. Hierauf, zum ersten Mal: **Nevanche**; Lustspiel in 2 Akten, von Charlotte Birch-Pfeiffer.

